

Geteiltes Echo auf Käßmann-Aussagen zu Afghanistan-Einsatz

Regierung sieht "Meinungsverschiedenheiten"

Hannover/Berlin (epd). Die Äußerungen der Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr stoßen weiter auf ein geteiltes Echo. Während die Bischöfin aus den Kirchen weitgehend Zustimmung erhält, äußerten sich Vertreter der Bundesregierung und der Bundeswehr am Montag weiter kritisch.

Käßmann hatte in der Dresdner Frauenkirche in ihrer Neujahrspredigt gesagt, in Afghanistan schafften Waffen "offensichtlich auch keinen Frieden". Dies hatte bereits am Wochenende bei Regierung und Opposition zum Teil scharfen Widerspruch ausgelöst.

Der stellvertretende Regierungssprecher Christoph Steegmanns sagte am Montag in Berlin, es gebe "Meinungsverschiedenheiten" zwischen Käßmann an der EKD-Spitze und der Bundeskanzlerin über den Afghanistan-Einsatz. Die Bundesregierung sei aber mit der EKD im Gespräch. Viele der Soldaten setzten auf die Militärseelsorge.

Steegmanns betonte, die Bundesregierung sei für eine Debatte über den Einsatz am Hindukusch, sofern sie in einem angemessenen und ernsthaften Ton geführt werde. Die Regierung respektiere andere Meinungen, erwarte aber ihrerseits auch Respekt für ihre Auffassung, dass der Einsatz in Afghanistan notwendig sei, sagte Steegmanns.

Der Deutsche Bundeswehrverband erklärte: "Es wäre besser gewesen, wenn Käßmann vor ihrer Predigt das Gespräch mit den Soldaten über ihre schwierige Aufgabe gesucht hätte." Käßmanns Nein zum Afghanistan-Einsatz schaffe nur neue Frustrationen für deutsche Soldaten. Käßmann sei von der Position ihres Vorgängers Wolfgang Huber abgerückt. Dieser habe sich immer zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr bekannt, sagte der Verbandsvorsitzende Ulrich Kirsch der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung".

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) sagte, er teile Käßmanns Ansichten zum Afghanistan-Einsatz nicht. Der Bundeswehreininsatz sei notwendig. "Frau Käßmann darf eine eigene Meinung haben. Sie sollte ihre Kritik am Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr aber nicht für die evangelischen Kirchenmitglieder äußern", sagte Niebel in Berlin.

Unterdessen wehrte sich Käßmann erneut gegen die Vorwürfe. Der "Bild"-Zeitung (Montagsausgabe) sagte sie, es sei ein "perfide Unterstellung", wenn man ihr vorwerfe,

sie lasse deutschen Soldaten im Stich. Seelsorger begleiteten die Soldaten in Afghanistan und auch nach ihrer Rückkehr. "Wir sprechen mit Traumatisierten, und wir begraben die Toten, wenn sie nach Deutschland zurückkehren, und stehen ihren Angehörigen bei", sagte sie. "Ich bin schockiert, was so aus meiner Predigt gemacht wird."

Sie habe zudem nie den sofortigen Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan verlangt, fügte Käßmann hinzu. Die Kirche fordere aber einen erkennbaren Plan für den Abzug.

Der frühere Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin, Robert Leicht, riet Käßmann dazu, sich vor öffentlichen Äußerungen eingehender mit dem Rat von erfahrenen Historikern, Außenpolitikern und Militärs zu versehen. "Wer ein moralisches Vorbild sein möchte, muss zuvor eines an Urteilskraft sein", heißt es in einem Beitrag des Publizisten und früheren Chefredakteurs der Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit" im Berliner "Tagesspiegel". Nicht vertretbar sei die "Simplizität", mit der sich Käßmann zum Thema Afghanistan über die Weihnachtszeit geäußert habe.

Dagegen erhielt Käßmann Unterstützung vom rheinischen Präses Nikolaus Schneider. Es müsse dringend nach "Alternativen beziehungsweise Ergänzungen" zum aktuellen Afghanistan-Einsatz gesucht werden, erklärte Schneider am Montag auf Anfrage in Düsseldorf. Die Friedensdenkschrift der EKD fordere für jeden militärischen Einsatz klare Ziele, ein umfassendes Konzept und eine Ausstiegsstrategie als rechtfertigende Kriterien militärischer Gewaltanwendung. "Deren Fehlen stellt die Legitimität des Einsatzes in Frage", erklärte Schneider, der auch stellvertretender EKD-Ratsvorsitzender ist.

Die Soldatenvereinigung "Darmstädter Signal" begrüßte die Forderung der EKD-Ratsvorsitzenden nach einer Strategie für den Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan. Ein Abzug sei dringend notwendig, sagte Vorstandsmitglied Helmuth Prieß am Montag dem epd. Prieß widersprach dem Vorsitzenden des Bundeswehrverbands, Kirsch. "Ich kann mir nicht vorstellen, dass nachdenkliche Soldaten eine Missachtung ihres Einsatzes sehen. Sie sehen sich vielmehr bestärkt in ihren eigenen Sorgen."

(4106/4.1.10)